

Geht ein täglich
nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk.,
jährlich 5.00 Mk. bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.
Postzeitungsliste 6255a, Nachtrag VII.

Volkshblatt

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.

Telegramm-Adresse: Volkshblatt Halle/Saale.

Nr 90.

Halle a. S., Sonnabend den 18. April 1891.

2. Jahrg.

Die Ultramontanen als Volksbeglückler.

e. a. Die Ultramontanen pflegen sich in letzter Zeit, im Parlamente sowohl als in ihren zahlreichen Schriften, Blättern und Blättern aus leicht begreiflicher Angst vor der gefährlichsten Sozialdemokratie und aus Wut über die Fortschritte dieser einzigen Volkspartei als die wahren Beglückler des arbeitenden Volkes hinzustellen. Wenn man nun aber schon im bürgerlichen Privatleben mit Recht nicht allein nach den schönen Worten eines Menschen sein Urteil fällt, sondern vor allem nach seinen Taten sieht, so sollte dies im politischen Leben nicht weniger der Fall sein. Leider ist dieser Grundlag bisher zu sehr misachtet worden und zwar aus Schuld der Bourgeoisgesellschaft, welche die Welt lebendig mit gleißenden Reden fördern kann und will. Wir halten es dem gegenüber für unsere Pflicht, das Versteckte nachzuholen und wollen heute einmal sehen, was denn eigentlich von der ultramontanen Volksbeglückung vor der ersten Kritik bestehen bleibt.

Will man einen Gegner ohne Voreingenommenheit beurteilen, so muß man seine Tatkraftigkeit da beobachten, wo er sie ungehindert entfalten kann, wo er auf seinem unbefruchteten Gebiete schaltet und waltet. Dies ist bei den Ultramontanen auf dem flachen Lande der Fall. In den Industrie- und Handelsstädten wird das Leben und Treiben der schwarzen Herren meist durch viele Nebenstände derart mobilisiert und korrigiert, daß man keine klare Einsicht in dasselbe gewinnen kann. Auf dem platten Lande, wo der Katholizismus schrankenlos herrscht, muß also auch die Volksbeglückung der Ultramontanen die besten Blüten treiben. Wie sieht es nun damit aus?

Die katholische ländliche Bevölkerung führt in der Regel in geistiger und sittlicher Beziehung ein durchaus menschenunwürdiges Dasein. Geistig bedummend und von überwundenen mittelalterlichen Anschauungen beeinflusst, steht der ländliche Proletariat in dem Pfarrer und dem von demselben abhängigen Schulmeister höhere Wesen, deren Anordnungen er sich unbedingt fügen muß, deren sittliche Anschauungen auch für sein moralisches Leben maßgebend sind. Unter solchen Umständen wird jegliche Manneswürde unterdrückt und infolge dessen jeder freie Mannesmut geächtet, jede selbständige Ueberzeugung verpönt.

Für die Geistlichkeit wiederum spielt die Landbevölkerung hauptsächlich als Stimmvieh bei den Wahlen eine Rolle und hat bei ihr ökonomisch nur die Aufgabe, den Tribut für kirchliche Zwecke zur Stelle zu

schaffen. Es ist oft rührend, aber empörend zugleich, wenn man sieht, wie das Landvolk sich schindet und abplagt, um seine „kirchlichen Pflichten“ zu erfüllen. So war es vor Jahrhunderten, und so ist es in einem großen Teile Deutschlands heute noch. Heute noch scheint bei der ultramontanen Gesellschaft mit geringer Mobilisation der Spruch Geltung zu haben:

„Misericordia gens,
Optima fides,
Pessima ridens.“

Zu deutsch:

„Das Volk, wenn es lacht,
Seinen Herrn verachtet.
Wenn es weint,
Ist's unser Freund.“

So ist es in der That, wenn man die Hungerlöhne des Landproletariats in katholischen Gegenden betrachtet. — Man wende nicht ein, in solchen Distrikten seien die ausbeutenden Unternehmer vielfach Protektanten. Ist dem so, dann hätte die katholische Priesterchaft gerade die erste Pflicht der Bekämpfung des Ausbeutertums. Aber sie hütet sich in dieser Beziehung sehr wohl, daß sie sich die Finger verbrennt. Sie weiß, was die Heiligkeit des Kapitals, der unantastbare Profit bedeutet.

Wir führen hier zunächst als Beispiel die Umgegend von Köln, der „alten heiligen Colonia Agrippina“ an. In den Köln umgebenden ländlichen Ortschaften werden Löhne bezahlt, welche zum Sterben etwas zu viel, zum Leben aber viel zu wenig sind. So beschäftigt eine große Zuderfabrik in Brühl bei Köln erwachsene Arbeiter gegen einen Tagesverdienst von 15—19 Silbergrößen. Dabei beträgt die Arbeitszeit 13—14 Stunden täglich. Außerdem werden in der Zeit der Zuderernte Kinder und Frauen zum Häubenaufstellen vorübergehend eingestellt, welche täglich bei 12 bis 13 stündiger Arbeit 50—90 Pf. erhalten.

Ein ganz ähnliches Verhältnis herrscht in den bekannten Braunkohlengruben bei Brühl, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Arbeit noch gesundheits-schädlicher ist.

Ein würdiges Seitenstück zu diesen haarsträubenden Zuständen bildet der Wahlkreis des Herrn Reichensperger, nämlich der Landkreis Döpe. Hier befinden sich mehrere kleinere Ergruben, in denen eine verhältnismäßig große Anzahl von Kindern im Alter von 12—14 Jahren und halberwachsenen jugendlichen Arbeitern von 15—18 Jahren thätig ist. Der Tageslohn erreicht selten die Höhe von 1 Mk. und beträgt im Durchschnitt bei 10—13 stündiger Arbeitszeit 70 Pf.

Außerdem läßt die Behandlung alles zu wünschen übrig. Mißhandlung und exemplarische Prügelstrafen für keine Versehen stehen auf der Tagesordnung.

Zu guter Letzt wollen wir noch der katholischen Gegenden in Schlesien — so in den Bergwerksgebieten — erwähnen, deren vormittelalterliche Zustände weltbekannt und oft genug geschildert sind.

Unser Leser ersehen aus diesen Thatfachen, daß die Ultramontanen kein Recht auf den Namen Volksbeglückler haben.

Sie sehen das im Stillen selbst sehr wohl ein, denn sonst hätten die Ermahnungen keinen Sinn, welche die Pfarrer ihren Schäflein bei der Ueberfiedelung in die großen Städte mitgeben. Schlimmer als den Gottseibeiuns schildern die Herren namentlich dem abziehbaren jungen Burgen die Sozialdemokratie in den Industriezentren, und mit glühenden Worten wird vor dem Verleher mit den verhassten „Roten“ gewarnt. Alles umsonst! Haben die jungen Leute vom Lande einmal die weltbetreffenden Ideen der neuen Weltanschauung kennen gelernt, dann ist es mit der Macht der Hierarchie, dem Einfluß der Kirche meist vorbei. Die Erfahrung hat dies hundertfach gelehrt. — Deshalb aber auch sollten unsere Genossen die Propaganda auf dem Lande mit allen Mitteln betreiben, auf daß unsere Brüder, die ländlichen Proletariat, von ihrem schmachtvollen Joche befreit werden.

Volkliche Uebersicht.

Deutsches Reich.

— Aus dem 19. hannoverschen Reichstagswahlkreise ist bis jetzt folgendes Resultat bekannt geworden: Bismarck 7083, v. Plate (Weser) 3067, Adloff 2402, Schmalfeld (Soz.) 3922. Es fehlen nur noch einige kleine Bezirke. Bismarck hat gegen 750 Stimmen weniger als bei der Hauptwahl im Jahre 1890 die Nationalliberalen. Auch die Sozialdemokraten haben über 500 Stimmen verloren. Die Stimmen der Freisimmerer sind um nahe 700 gewachsen. Es bleibt aber bei der Stichwahl zwischen Bismarck und Schmalfeld.

Die „Vossische Ztg.“ schreibt: Vor kurzem berichteten wir aus Posen, daß ein Umschwung der Anschauungen der Regierung in der Bekämpfung der polnischen Bestrebungen sich bemerkbar mache. Es sollte sich dies zunächst in dem Aufhebungssystem zeigen, bei welchem in der letzten Zeit die politischen Zwecke hinter den wirtschaftlichen zurückgetreten sein sollten. Der Umschwung scheint sich in-

48) Sand und Ring.

Roman von Anna Katharina Green.

[Nachdruck verboten.]

„Bitte, sagen Sie uns, was Sie zuerst thaten, als Sie den Ring auf dem Teppich liegen sahen?“ erwiderte Mr. Ferris.

„Ich setzte den Fuß darauf.“

„Erkannten Sie ihn sogleich?“

„Das kann ich nicht sagen. Es war eine instinttive Bewegung.“

„Wie lange verblieben Sie in dieser Stellung?“

„Ein paar Minuten wohl.“

„Was veranlaßte Sie, diese Stellung zu verlassen?“

„Ueberausung. Es trat ein Mann in die Thür, ein mir Fremder, der einen Botengang verrichtet hatte.“

„Was sagte er, das Sie so sehr überraschte?“

„Er nicht, Sie selbst sagten, was mich überraschte, nachdem er wieder fortgegangen war.“

„Und was war's, das ich gesagt?“

„Jemand etwas des Sinnes, daß es doch nicht der Hausherr sei, der den Mord vollbracht.“ erwiderte Imogene, nachdem sie unwillkürlich einen lebenden Blick auf den unerbittlichen Frager gerichtet hatte.

„Und das überraschte Sie?“

„Es ließ mich zusammensinken.“

„Waren Sie anwesend, als die Sterbende auf kurze Zeit zum Bewußtsein gelangte und sprach?“

„Ja, Sir.“

„Was hörten Sie jene unglückliche Frau sagen?“

„Die Worte „Sand und Ring!“ Sie wiederholte sie mehrmals.“

„Was sagten Sie zu jenem Herrn, Miß Dare, der Ihnen den Ring zeigte und Sie fragte, ob er Ihnen gehörte?“

„Ich sagte ihm, daß er mein sei, und steckte den Ring an den Finger.“

„Er gehörte Ihnen aber nicht.“

„Er wurde mein durch meine Annahme; bis auf diese hatte er mir gehört, von dem Augenblicke an, da ihn mir Mr. Mansell tags vorher geboten.“

„Sie betrachteten es somit als bedrohlich für den Gefangenen, wenn sein Ring an jener Stelle gefunden werde?“ fragte der Distriktsanwalt. Da Mr. Decutt gegen diese Frage Protest erhob, fuhr Mr. Ferris fort:

„Ich bestreite nicht auf der Frage.“

„Sie hätten Sie niemals stellen sollen,“ wendete der Verteidiger heftig ein.

„Sie haben recht, die Jury hätte weder Ihrer, noch meiner Bemühung bedürft, den Sachverhalt zu erkennen.“

„Die Jury wird Ihnen für diese Andeutung kaum verbunden sein,“ entgegnete Mr. Decutt eben so scharf.

„Wir wollen nicht über die Sache streiten,“ meinte Mr. Ferris.

„Wir wollen überhaupt nicht streiten, sondern die Angelegenheit gesetzlich behandeln.“

„Sind Sie fertig?“ fragte der Distriktsanwalt kurz.

„Fahren Sie mit Ihrem Verhöre fort,“ entgegnete Mr. Decutt, sich wieder auf seinen Sitz niederlassend.

„Wie lange, Miß Dare, behielten Sie den Ring am Finger, nachdem Sie das Haus der Witwe verlassen?“ wendete sich Mr. Ferris wieder an die Jurgen.

„Ein Weilschen — vielleicht fünf Minuten lang.“

„Wo nahmen Sie ihn vom Finger?“

„Auf der Brücke bei Warren Street,“ antwortete Imogene mit leiser Stimme.

„Was thaten Sie mit dem Ring, nachdem Sie ihn vom Finger genommen?“

„Ich ließ ihn ins Wasser fallen.“ erwiderte Miß Dare mit gesenktem Blicke. Was sie damals gefürchtet, gedacht, war nun allen klar.

Mr. Ferris aber gönnte sich weiteres Fragen noch.

„Hatten Sie, als Sie den Gefangenen im Waide verließen, irgend ein Zusammentreffen vor seiner Rückkehr nach Buffalo ausgemacht?“

„Nein, Sir.“

„Bitte, sagen Sie uns die Worte, mit welchen Sie von einander schieden.“

„Eben als ich mich wendete, um von ihm zu gehen, rief Mr. Mansell: „So ist's denn ein Abschied zwischen uns, Imogene?“ Ich erwiderte: „Das muß der wozigste Tag entscheiden.“ Worauf Mr. Mansell fragte: „Soll ich bleiben und warten?“ „Ja,“ habe ich geantwortet.“

Die letzten Worte hatte Imogene nur geflüstert, und als sie an der feierlichen Stille, die ihnen folgte, den

dessen noch viel weiter zu erstrecken. Einem uns aus Polen zugehenden eigenen Drahtbericht zufolge wird den dortigen polnischen Blättern aus Berlin gemeldet, daß ein Ministerialerlass erschienen sei, wonach das für den Lehrer bestehende Verbot der Erteilung von Privatunterricht in der polnischen Sprache aufgehoben wird. Wo der Religionsunterricht den polnischen Kindern in deutscher Sprache erteilt wird, soll das Bedürfnis der Wiedereröffnung der polnischen Sprache im Interesse des wirklichen Religionsunterrichts geprüft und befriedigt werden.

Grober Unfug. Aus Solingen wird gemeldet: Am 2. September v. J. hing ein Ziegelarbeiter zu Ringelshausen eine rote Bettdecke zum Fenster seiner Schlafstube hinaus, um sie zu lüften. Diese wurde von Gendarmen wahrgenommen, welche dieselbe für eine rote Fahne hielten und darin eine sozialdemokratische Demonstration erblickten. Die Gendarmen veranlaßten den Mann zum Eingehen der „Flagge“ und erstatteten Anzeige gegen ihn wegen Verübung groben Unfugs. Das Schöffengericht zu Solingen sprach den Angeklagten frei.

Der „Frl. R.“ wird aus Schlesien geschrieben: Eine eigentümliche Erscheinung macht sich anlässlich der vom Reichstage beschlossenen Unteroffiziersprämien bemerkbar. Es haben nämlich Unteroffiziere, die bereits eine Zivilstellung gefunden hatten, in dieser aber noch nicht entgeltlich angestellt worden waren, ihre Gesuche um definitive Anstellung so lange zurückgelegt, bis sie im Militärverbande, dem sie somit noch aktiv angehören, ihr 12. Dienstjahr zurückgelegt und damit die Anwartschaft auf 1000 Mk. Unteroffiziersprämie erworben haben. Diese Leute befinden sich also bereits in einem Zivildienste, beziehen die hiermit verbundenen Gehälter und bleiben formell auch berechtigt, Dienstprämien in ihrer Stellung als Militärs zu beanspruchen.

Oesterreich-Ungarn.

Auf die Kundmachung der Regierung über ihr Verhalten gegenüber dem Arbeiter-Festtag haben die Arbeiter am 12. April in zahlreichen Versammlungen eine prompte Antwort erteilt. Wie die Regierung den im Vorjahre eingewonnenen Standpunkt wahr, indem sie die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter für den Fall der Arbeitsinstillung am 1. Mai auf die in der Verbeordnungsung fixierten Folgen hinweist und den Arbeitern der Privatbetriebe die strengste Handhabung des Vereins- und Versammlungsbrechens in Aussicht stellt, so sind die Arbeiter fest entschlossen, trotz alledem den 1. Mai zu einer „ruhigen, aber wirbigen und imposanten Demonstration“ zu benutzen. Es ist kein Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß es dabei zu Störungen der öffentlichen Ordnung kommen werde. Die Erfahrungen des Vorjahres berechtigen vielmehr zu der Annahme, daß die Demonstration ohne Konflikte mit der Polizei verlaufen werde. Im großen Publikum fällt es auch wohl niemanden ein, dem Arbeiterfesttag mit Angst und Besorgnis entgegenzutreten, was bekanntlich im vorigen Jahre in sehr hohem Maße der Fall war. Diesmal gilt der 1. Mai nicht nur dem Achtstundentag, sondern auch dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Daß die Arbeiter die letztere Forderung auf dem Wege der Demonstration durchsetzen werden, ist recht zweifelhaft, da die Partei, welche ihr natürliches Bundesgenosse in dieser Sache sein sollte, einen ganz unüberwindlichen Widerstand vor der Vereitlung des Wahlrechts an allerwachsenen Männern in sich trägt. Und doch giebt es keinen anderen Ausweg, um das öffentliche Leben aus dem Sumpf zu bringen, in den es die mit der Entwicklung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse unvereinbaren

Interessen-Vertretungen hineingebracht haben. Aber der hiesige Liberalismus ist zu kurzichtig und selbstsüchtig, um dies zu begreifen, wie es ihm an Mut gebricht, heute Forderungen zu erheben, die schon vor dem Jahre 1848 zu den Generalforderungen des Liberalismus gehörten.

Frankreich.

Die „Wilden“ sind doch bessere Menschen. Ein Pariser Korrespondent der „Wostischen Zeitung“ schreibt: „Die Mittelklasse sieht dem 1. Mai mit weit geringerer Besorgnis entgegen, als im vergangenen Jahre. Die Gedanken machen ihren Weg. Selbst Rentner mit runden Bücheln und seine Bedienten er schlagen bei der Aushändigung der Forderung nicht mehr ein Kreuz und wenn die Arbeiter am 1. Mai sich darauf beschließen, mit Fahnen, Klammern und Gesang über die Boulevards zu ziehen, werden die meisten Vorübergehenden mit hohem Mut und Unerblichkeit sie eher wohlwollend als mit Haß ansehen. Es scheint, daß auch die Behörden nicht dieselbe „Schneidigkeit“ gegen sie anwenden werden wie im vorigen Jahre, und mancher Orten wird man sogar Stadtvertretungen im Zuge mitgehen sehen.“

Und mit dieser heiteren „Burrigkeit“ der französischen Rentner und Ladenbesitzer vergleiche man das mitteilbare Jitterliche, in das unser christlich germanisches Muster- und Angstbürgertum regelmäßig gerät, wenn von dem Achtstundentag und der Maßfeier die Rede ist.

Der Generalrat (entsprechend unseren Provinzial-Landtagen) des französischen Departements der Rhonemündungen (Marseille) faßte folgende Beschlüsse: 1. Die öffentlichen Gewalten sollten die jetzt alljährlich wiederkehrenden Arbeiterkundgebungen nicht verhindern, sondern ruhig geschehen lassen, um zu zeigen, daß sie die Bedeutung der Arbeiterwelt würdigen und bereit sind, die von den Kundgebungen gestellten, auf Gründung einer Arbeiterrepublik bezüglichen Fragen zu studieren und zu lösen; 2. sollten die Kammern (sobald als möglich ein Gesetz beraten, welches den Arbeitern beiderlei Geschlechts französischen Ursprungs nach 30 Jahren Arbeit ausreichende Altersrente sichert.

Italien.

Ueber das am Sonntag in Mailand stattgehabte internationale Meeting für die Rechte der Arbeiter erzählt die „Voss. Ztg.“ von ihrem römischen Korrespondenten folgenden, wie man merkt tendenziös gefärbten Bericht:

Das Theater der „Gambiniana“, in welchem die Versammlung nach dem Regierungsverbote der öffentlichen Anzüge stattfand, war durchaus gefüllt. Auf der Bühne sah man an 50 Jahren der politischen und Arbeitervereine, aus solche fremder Nationen. Die ausländischen Teilnehmer, welche gegen 1 Uhr das Theater betreten, wurden mit der Marcellaisie begrüßt. Schon bei der Wahl des Vorsitzenden kam es zum Streit zwischen Republikanern und Anarchisten. Jene suchten Frutti, diese Gori durchzubringen; doch unterlag der letztere, wie oben überhaupt die maßloseren und gemäßigteren Elemente sich als in der Minderheit befindlich herausstellen und die eigentlich wirtschaftlichen Arbeiterinteressen den Sieg über die politischen Umwälzungsbestrebungen davontrug. Frutti empfahl in einer schwungvollen Ansprache, die Partei- und Fraktionsfragen beiseite zu lassen und den Beweis zu führen, daß die Sozialdemokratie einmütig für gemeinsame Ziele kämpfe. Er verlas dann die Beitritts-Erklärungen von zweiundzwanzig Pariser Stadtverordneten. Der Franzose Rouanet überbrachte den Gruß der französischen Demokratie. Auf den Ruf: „Es lebe Frankreich!“ entgegnete er: „Heil! Es lebe die Menschheit!“ Sein ausführliches Programm der Sozialreform (auch lebhaften Beifall. Jacobi, der im Namen der deutschen Sozialdemokraten sprach, wurde mit Hochrufen auf Deutschland begrüßt. Erweiterte profizierte heftig gegen die Minister, welche sich erlaubten hätten die Arbeiter in schwebendes Nichts und setzten den greisen brasilianischen Demokraten Gabrielio Rosa. Der Spanier Fernandez griff in seiner Sprache und mit großem Beifall die bestehende Staatsordnung an und verherrlichte die soziale Revolution, so daß der Polizeikommissar ihn unterdrückte. Dies rief große Entrüstung hervor. Man schrie: Weiter: Immer weiter! Wieder mit der Polizei! Der Redner schloß unter stürmischem Beifall. Der Anarchist Ori, der sich eines sehr ruhigen Tones befleißigte, vertrat

mächtigen Eindruck, den sie hervorgebracht, erkannte, schauerte sie. Ein rascher Augenblick auf Mr. Drcutt, und sie erklärte zum Richter gewendet: „Ich hatte meine beabsichtigte Unterredung mit Mrs. Clemmens im Sinne.“

„Wir wissen das,“ sagte Mr. Ferris freundlich. „Sahen Sie seit jenem Tage den Gefangenen nicht wieder bis zum heutigen?“

„Doch, Sir.“

„Wann und wo?“

„Am 27. im Bahnhofe von Syracuse.“

„Wie kamen Sie am Tage nach der Mordthat nach Syracuse?“

„Auf dem Wege nach Buffalo.“

„Zu welchem Zwecke begaben Sie sich nach Buffalo.“

„Ich wünschte, Dr. Manjell zu sprechen.“

„Wussten Sie, daß er nach Syracuse komme?“

„Nein, Sir.“

„Hatte keinerlei Mitteilung zwischen Ihnen beiden stattgefunden seit der Zusammenkunft im Walde und dem Zusammenreffen in Syracuse?“

„Nein, Sir.“

„Hatte er keinen Grund, anzunehmen, daß er Sie dort treffen werde?“

„Keinen.“

„Mit welchen Worten begrüßten Sie einander?“

„Ich weiß es nicht und kann mich nicht erinnern, irgend etwas gesagt zu haben; ich war so bestürzt durch

diese unerwartete Begegnung, daß ich nicht weiß, was ich ausgerufen haben mag.“

„Und der Gefangene? Können Sie sich nicht entsinnen, was er gesagt?“

„Nein, Sir. Ich weiß nur, daß er bei meinem Anblicke in höchster Betroffenheit und Ueberraschung zurückfuhr. Dann fragte er mich, ob ich auf dem Wege zu ihm sei?“

„Und Sie antworteten?“

„Ich glaube ich antwortete garnicht, sondern fragte mich nur, ob er wohl auf dem Wege zu mir sei?“

„Stellen Sie diese Frage nicht an ihn?“

„Vielleicht; ich weiß es nicht. Alles das ist mir wie ein böser Traum.“

„Doch können Sie uns sagen, ob Sie mit einander ein Gespräch geführt?“

„Nein, das war nicht der Fall.“

„Und wie endete dieses Zusammenreffen?“

„Ich wendete mich eiligst zurück und legte mit dem Zuge, der mir entgegen gekommen, heim.“

„Und der Gefangene?“

„Wendete sich gleich hastig zurück. Wohin weiß ich nicht.“

„Können Sie uns sagen, Miß Dare, wer von Ihnen beiden sich zuerst zurückwendete?“

„Was kann Mr. Ferris mit dieser Frage wollen?“

„Küßte Gidroy Hund zu.“

„Ich glaube — Ich frage an und stockte. Ihr über die Versammelten schweifender Blick war an den beiden

nach weit maßlosere Ideen und verbotm die Staats- und Gesellschaftsordnung in Grund und Boden. Er nannte die letztere das „geheime Rückverwehen“. Nicht lächerliche Reformen, sondern eine einzige große Reform liegt vor: der soziale Umbruch; die Fortschrittlichen hätten keinen anderen Gedanken, als denen, welche Drut verlangen, Blei zu schiden. Der Polizeibeamte war zu häufigen Unterdrückungen genötigt, welche die Erregung und den Wärm feigerten. Gegen Gori wendete sich der Demokrat Gaitarano. Ihm zufolge muß wachte das Blut der Volkes erneuert werden, wenn es seine sozialen Forderungen durchsetzen soll. Die Anarchisten ämerten, und der Fortschritt mußte zur Ruhe und Einigkeit ermahnen. Ein Arbeitervertreter von Sampierdarena befeuerte die Hebung der Fittigen und geistigen Lage des Arbeiterstandes, der Maländer Sozialist Bazzari die Zusammenziehung aller Entwürfen und Unterdrückten. Galliani begrüßte die Landarbeiter als wertvolle Kampfschiffen. Er entwidete des längeren anarchistische Ideen und verwarf die Fortsetzung der geselligen Agitation, da sie zu nichts führe. Die belannten Arbeiter Ricoteras legte er als eine Drohung mit der Erklärungslegung von Weibern und Kindern aus und rief mit dramatischer Geberde: „Wir werden sie mit unseren Armen schlagen!“ Er brandmarkte die sozialistischen Deputierten, welche nichts für das Volk täten, und forderte zur öffentlichen Feier des 1. Mai auf. Man müsse die Regierenden und das Parlament in Zürich setzen, nur so könne man etwas erreichen. Brauender Beifall zeugte der Anarchisten; aber lauter Widerspruch aus den Reihen der Segner. Es nahmen noch zahlreiche Redner das Wort, ohne daß es zur Erörterung irgend einer bestimmten praktischen Frage kam. Fast alle bestränkte sich auf Bergehrigung allgemeiner sozialistischer Ideen. Nur nebenbei wurde vom Achtstundentage, dem Minimum, den Kooperativvereinen u. a. geredet. Ein Redner verlangte für die Arbeiter-Kooperativgenossenschaften das Recht der Banknotenemission! Wiederholt kam es zu heftigen Wortgefechten zwischen den Parteien. An einzelnen Stellen des Saales nahmen die Meinungsgegenstände bedeutlichen Charakter an. Die Saalbeleuchtung, deren etwa 50 im Saale waren, mußten wiederholt gegen beginnende Unruhen einschreiten. Ein wortreicher, gegen die Stimmen der Anarchisten und Sozialisten angekommener Redner forderte das Ende der Ausbeutung der Arbeiter und die Ueberführung alles Kapitals in internationalen Kollektivbesitz, sowie die Feiern des 1. Mai. Um 4 1/2 Uhr war die Versammlung zu Ende und die Teilnehmer entfernten sich ruhig. Es waren umfassende militärische Sicherheitsmaßregeln getroffen.

Belgien.

Von dem belgischen Dynamitfund ist es auf einmal ganz still geworden. Es hat sich nämlich, wie wir aus französischen nichtsozialistischen Blättern erfahren, vor Gericht herausgestellt, daß es sich um einen ganz ordinären Diebstahl handelt, wie deren in Belgien allein Dutzende das Jahr vorkommen, und daß die Polizei mit der ganzen Sache garnicht das mindeste zu thun hat. Die Sozialisten und das fürchterliche Mordkomplott wurden von der hiesigen Ordnungspresse einfach zugelogen. Bei den Feindern des Kapitalismus, die weit schlimmer find als die des Katholizismus, gilt erst recht der Satz: der Zweck heiligt das Mittel. Und bei ihnen fragt dieser Satz noch zu einer weit verwerflicheren Praxis, weil der Zweck, den sie verfolgen, ein durchaus gemeiner ist, indem er nur auf die niederste Selbst- und Habguth hinausläuft, was von dem Katholizismus doch nicht gesagt werden kann. Uebrigens bestätigt sich unsere Vermutung, daß in Belgien die Wozelstiel stark an der Arbeit sind — sie werden aber von der sozialistischen Polizei bis dato nicht überwachet.

Serbien.

Aus Belgrad wird unterm 12. April gemeldet: Zu den heunruhigenden Enthaltungen der letzten Zeit ist eine neue, nicht minder aufsehenerregende gekommen. Dem „Fremdenbl.“ wird über Budapest gemeldet: Im Jahre 1886 wurde Leutnant Butofowitsch, Adjutant des Kretschmannobans, verhaftet, und nach einigen Tagen kam die Nachricht, er habe sich im Gefängnisse selbst ermordet, was durch einen Brief an seine Frau bewiesen wurde. Nun wird berichtet, daß Butofowitsch von einem Gendarmen, welcher es

Detektivs hangen geliebten, und sie entnahm der neuerigerten Spannung ihrer Mienen, daß diese Frage wichtiger sei, als sie meine. Nach längerem Beginnen fuhr sie endlich fort: „Ich weiß es nicht, doch glaube ich, daß dieses Zurückweichen ein gleichzeitiges war.“

„Sind Sie dessen sicher, Miß Dare?“ drängte Mr. Ferris.

„Sie sagen unter Eid aus. Können Sie sich garnicht erinnern, wer zuerst sich zurückwendete?“

„Nein, Sir, ich kann mich nur der Empfindungen erinnern, welche die Situation in mir erregte. Es war keine Antwortsbewegung, ich stieß instinktiv.“

„Ich sagte Ihnen, daß sie sich unter keinen Umständen preisgeben würde,“ flüßerte Gidroy Hund abermals zu.

„Können Sie mit Bestimmtheit sagen, daß nicht der Gefangene zuerst sich rückwärts wendete?“ fuhr Mr. Ferris fort.

„Nein, Sir; auch das kann ich nicht.“

Mr. Ferris verbeugte sich und bemerkte zum Verteiliger: „Nun überlasse ich die Zeugin Ihnen.“ Der Distriktsanwalt ließ sich nieder, vollkommen befriedigt durch seinen Erfolg. Scharfsinnig hatte er zu tage gebracht, daß Imogene, die doch vor allem hätte an Manjells Unschuld glauben sollen, von allem Anfang an für den Schuldigen gehalten habe. Des Distriktsanwalt fürchtete nun auch das Kreuzverhör nicht, denn was immer Drcutt vorbringen mochte, er konnte die Tatsachen nicht hinwegzuredern, daß Miß Dare den Wäldchen für den Mörder seiner Tante halte.

(Fortsetzung folgt.)

Berein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und anderer Arbeiter.

Sonntag den 19. April abends 7 1/2 Uhr in Freybergs Garten

I. Stiftungsfest,

verbunden mit Konzert und Ball.

unter Mitwirkung des Gesang-Vereins „Vorwärts“.
Dazu werden alle Freunde und Genossen freundlich eingeladen. [884]

Das Komitee.

Berein der Fabrik- und anderer Arbeiter.

Sonabend den 18. April abends 8 Uhr in Schloß Sabelsberg, Friedrichstr. 22 (West),

Berksammlung.

Die Tagesordnung wird in der Bersammlung bekannt gemacht. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht [884] Der Vorstand.

Größe

öffentliche Bersammlung

aller Maurerarbeitenleute von Halle u. Umg.

Sonabend den 18. April 1891 abends 8 Uhr im Saale der Moritzburg, Park 48.
Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten. 2. Generalfonds. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Maurerarbeiters, da die Tagesordnung eine so wichtige ist, zu erscheinen. [879] Der Einberufer.

Öffentliche Bersammlung

der Kesselschmiede, Bleichschmiede und deren Hilfsarbeiter
Sonntag den 19. April nachmittags 3 1/2 Uhr
im Saale der „Moritzburg“ (Park 48).

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Kesseler. Referent: Herr Wittig. — 2. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig. Der Einberufer.
Die auf den nächsten Sonabend fallende Bersammlung der Kesselschmiede findet nicht statt. [882] Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter.
Verwaltungsstelle Giebichenstein.

Sonntag den 19. April nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stichwahl zwischen Höfert-Halle und Rürger-Weimar. — 2. Anträge zur General-Bersammlung. — 3. Verschiedenes. [890]
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Maler und verw.
Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Halle a. S.

Mitglieder-Versammlung

Sonabend den 18. April abends 8 Uhr in H. Moritz Restaurant, Park 48b.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht [889] Der Bevollmächtigte.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter.
Hilfsklasse Nr. 29. Filiale Halle.

Sonntag den 19. April abends 7 Uhr in der „Moritzburg“:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stichwahl zwischen Höfert aus Halle und Rürger aus Weimar. 2. Anträge zur General-Bersammlung in Frankfurt a. M. 3. Verschiedenes. [887]
Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht Der Bevollmächtigte: Julius Schmidt.

Friedr. Köhler

Steinweg und Lindenstrassen: Gede
empfehlit allen Freunden und Genossen sein
**Tabak-, Zigarren- und
Zigarettenlager.**

Billigste und grösste Bezugquelle für

**Kinderwagen,
Reisekörbe,
Reiterwagen bei
H. Mederake,**

Korbmachereimstr.

Giebichenstein, Burgstr. 46.

Reparaturen an Kinderwagen billigst.

H. Brot, Butter, Eier, Mehl,

nur prima Ware, bei [866]

Victor Leopold, Schillerstrasse 41.

Herren-Hüte

mit Kontrollmarke,
sowie selbstgefertigte Hüte
empfehlit wie bekannt zu billigsten Preisen
[8093] **H. Baumann,**
Geiststrasse 73 an der Frauenode.
Kein Jaden, darum bedeutend billiger.

Kartoffeln,

wieder großer Vorrat sehr schöner blauer,
mehrfach und nicht süß, in ganzen und ein-
zelnen Behältnissen werden reell und schnell
ausgeführt von **Oskar Keller,**
[811] Steinweg 33.

**720 Stück
Kinderanzüge, Größe 1—6,**

Stück 2, 3 und 4 M.

Renner, Leipzigerstr. 44.

Febl. Wohnung dort. zu 44—54 Thaler

sof. u. sp. zu verm. Ludwigstr. 15, p.

Ausverkauf.

Die Restbestände

bestehend in

**Gardinen, Tisch- u. Bettdecken,
Leppichen, Bettvorlagen,
Handtüchern, Tischtüchern,
Betttüchern,**

Leinenwaren spottbillig.

Robert Cohn's

Ausverkauf.

Trothaer Skatklub.

Zu dem am Sonntag den 19. d. M. im

„Roten Adler“ stattfindenden

Stiftungsballe

ladet ergebenst ein [897] Der Vorstand.

M. Radmann & Sohn

gr. Ulrichstr. 38 (Sekthaus).

Ganz frisch eingetroffen:

Schweine-Pökelfleisch

in schönster Ware, per Pfund 65 S.

Frisches Bratenfleisch

per Pfund 60 S.

Ausverkauf

Hüte, Mützen, Handschuhe

10 Geiststrasse 10.

Striegelmützen 150 S. 100 S.

Zreuerhüte 50 S. 10 S.

Militärbinden 50 S. 25 S.

Reisemützen 75 S. 40 S.

Ausförmigen 150 S. 100 S.

Edelmützen 80 S. 50 S.

Gummihüte, Stet-

und Legetragen 50 S. 20 S.

Hilfshüte 125 S. 95 S.

Stoffmützen 80 S. 50 S.

Zwischenhandschuhe,

großer Vorrat, sonst 60 jetzt 20 S.

Für Wiederverkäufer und Mägenmacher

div. Reste und Utensilien.

Vadeneinrichtung sofort zu verkaufen.

Laden sofort zu vermieten.

Geiststrasse 10.

Echte Samenkartoffeln

verkauft C. Schmalz, Giebichenstein, [891] Schmalzstrasse 1.

Hausbrot

groß und kräftig, 7 Stück 3 M., 3 1/2 Stück

1.50 M., sowie verschiedene [574]

Ruchwaren

empfehlit die Bäckerei von

M. Schmorwitz, Schillerstr. 22a.

bietet Gelegenheit zu enorm billigen

Einläufen zu Ausstattungen

in Mannschornsteinen, Bettstühlen, Kommoden,

Bowlen, Stuhlbeinen, Bettdecken in weiß u. dunkel, Tischtücher,

Handtücher, Wischtücher, Taschentücher, Gardinen,

Inletts, Bettfedern etc.



Magdeburger

Bierhalle

Nathansgasse Nr. 7.

Sonabend u. Sonntag

Schlachtfest.

Früh 9 Uhr Wellfleisch,

H. Roderswald.

Meine schönen großen

Bereinsstimmer bringe

in febl. Erinnerung.

1. feil sein

ist, da

figierter

gegeben

das B.

gefische

empfehl

für ein

bestimm

bestellu

2. gemein

Arbeits

stellen

Arbeits

bergele

nicht

Fre

Antro

schloß

1. 2

den R.

einem

ausfich

ferner

2. d

istlich

ist, wo

nach 3

Betrie

schin

Zur

richtig

aus

schloß

der li

getrag

Bo

Fertig

weiß

Berech

wie d

unsere

erlaub

eben i

ist th

Beste

eben i

jedoch

Materi

die B

Nach

Bereic

Welle

mehr

Beste

unter

Reis i

als re

untau

füßig

Zu

Ausf

schrif

B.

Samp

und

Sie S

Um

Mein Ausverkauf

Zu Brautkleidern mache ich ganz besonders auf meine schwarzen Seidenstoffe, schwarzen und weißen Cachemires aufmerksam. Sämtliche Kleiderstoffe in schwarz, farbig, larriert und gestreift sind bedeutend im Preise ermäßigt, daher günstige Gelegenheit zu billigen Einkäufen.

Mechanische Weberei J. Bräude, großer Schlämm 10b.

Redaktion von Rich. Jilge; Verlag von Aug. Grotz; Druck der Hallischen Genossenschafts-Druckerei (G. G. u. S. S.), künstlich in Halle a. S. **Stieren 1 Wellge.**

Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse.

(Fortsetzung.)

Schlechtes "Material".

Das indes des Lebens ungemüßte Freude keinem Sterblichen zu teil wird, müßte auch Herr Friz Rühne an n. n. erfahren. Denn schmerzliche Erfahrungen waren es, die den genannten Herren unterm 26. August 1890 zur Verfertigung des nachfolgenden Zirkulars veranlaßten:

Jundacht gefakten wir uns, Sie von der Rekonfitturierung der Vertrauenskommission und der Abteilungs-Vorstände in Kenntnis zu setzen, und belieben Sie das Nähere hierüber aus der beiliegenden Anlage zu entnehmen.

(Dieselbe feilt.) Die Herausgeber.) In der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. d. Mts. wurde zur Kenntnis der Mitglieder gedruckt, daß der Arbeitsnachweisse mitgeteilt worden ist, es würde nützlich sein von Seiten der von uns als Agitatoren bezeichneten Arbeitnehmer an masse Klage gegen uns geführt werden. In der That ist eine solche Klage bereits gegen ein Mitglied eingeklagt worden und zwar von einem der wärfteften Agitatoren, der vor dem 1. Mai bereits die Arbeit niederte, am 10. Mai nicht wieder angenommen wurde und nun auf vierwöchentliche Lohnzahlung klagt mit der Angabe, sein früherer Arbeitgeber hätte bewirkt, daß er in Berlin keine Arbeit mehr befäme. Bei der prinzipiellen Wichtigkeit dieser Frage beschloß die General-Versammlung, die in dieser Richtung an die Verbandsmitglieder verhandelnden Klagen als Verbandssache angeht, und dieselben als solche durch die Vertrauenskommission durchzuführen zu lassen. Sollten daher Verbands-Mitglieder in oben bezogener Lage geraten, so ersuchen wir, hiervon der Vertrauenskommission unter Vorlegung des Sachverhalts umgehend Mitteilung zu machen und dieselbe zur weiteren Verfolgung der Sache zu ermächtigen.

Bei Prüfung der, mittels Mundschreibens vom 24. Juli zur Verfertigung gelangten Agitatorenliste hat sich herausgestellt, daß dieselbe einmal nicht mehr als durchaus zutreffend angesehen werden kann, und daß es sich andererseits wohl auch empfehlen dürfte, mit dem 1. Oktober eine gewisse Amnestie für einen Teil der bisher Gesperrten einzutreten zu lassen. Dem dahingehenden Antrage der Vertrauenskommission entsprechend beschloß die Generalversammlung denn auch, daß

1. für die Zukunft jedes Mitglied allein nicht mehr berechtigt sein sollte zu bestimmen, wer auf die Agitatorenliste zu setzen ist, daß vielmehr außer dem genauen Rationale eine legitimisierte Begründung der Thätigkeit des betreffenden Agitators gegeben werden müsse und daß der Vertrauenskommission das Recht einzuräumen ist, diese Begründung zu prüfen und zu bestimmen, ob der Arbeiter auf die Liste zu setzen ist; ferner

2. am 1. Oktober d. J. den bis jetzt Gesperrten im allgemeinen eine Amnestie zu gewähren ist — daß nur diejenigen Arbeiter auf die neuanzufertigende Agitatorenliste kommen sollen, für welche solches unter genauer Begründung von dem Arbeitgeber beantragt wird. Diejenigen Arbeiter, über welche dergleichen Anträge nicht eingehen, werden in der neuen Liste nicht geführt werden.

Ferner wurde durch die General-Versammlung dem Antrage der Vertrauenskommission entsprechend beschloffen, daß

1. Die Beiträge für den Gesamtverband sowohl als auch für den Verband Berliner Metall-Industrieller von sämtlichen, in einem Betriebe beschäftigten Arbeitern (einschließlich Lehrlinge, ausschließlich weibliche Personen) zu berechnen seien, sowie daß ferner

2. auch für diejenigen Arbeiter (einschließlich Lehrlinge, ausschließlich weibliche Personen) der Betrag von 25 Pf. zu zahlen ist, welche ohne Vermittlung der Arbeitsnachweise, also nach § 10 der Satzungen in ausnahmsweisen Fällen in einen Betrieb eingestellt, und dann der Nachweisse durch Anzeigefchein angemeldet worden sind.

Zur Begründung des Beschlusses ad 1 sei darauf hingewiesen, daß die Beiträge für nach der Größe des Betriebes richten müssen und daß diese durch alle beschäftigten Kräfte — auch durch die der Lehrlinge — barge stellt wird; zu dem Beschlusse ad 2 aber bemerken wir, daß ein sehr wesentlicher Teil der Unkosten der Arbeitsnachweisse durch die Gesamtheit getragen wird, woraus allein sich obiger Beschluß rechtfertigt.

Nun verschiedenen Seiten sind über die technische Fertigkeit und über die Solidität der von der Arbeitsnachweisse überwiesenen Arbeiter eingelaufen. In dem wir die Berechtigung dieser Klagen teilweise anerkennen müssen, können wir doch nicht umhin, wiederholt auf das in dieser Hinsicht in unseren Mundschreibern vom 24. Juli Gesagte hinzuweisen und erlauben uns hinzuzuführen, daß die Arbeitsnachweisse eben nur über dasjenige Material zu verfügen vermag, welches sich ihr anbietet. Daß dieses Material zum Teil nicht das Beste sein wird, ist wohl selbstredend; die guten Arbeiter sind eben fast ausnahmslos in festen Händen. Nach wie vor wird jedoch unzureichend alles geschähen, um allmählich das schlechteste Material soweit irgend möglich auszumergen, und die durch die Praxis stets wachsende Erfahrung der Angestellten der Nachweisse wird, wie wir mit Bestimmtheit hoffen, im Verein mit möglichst strenger Prüfung des Vorbehalts der sich Meldenden allmählich die berechtigten Beschwerden mehr und mehr verschwinden machen. Wir bitten, uns in dieser Hinsicht Beschwerden zur Ausbeseitigung schlechter Elemente nachzugehen zu wollen, daß Sie unsere Arbeitsnachweisse stets umgehend davon benachrichtigen, wenn ein Arbeiter sich als renitent, dem Trunke ergeben, arbeitslos oder vollkommen untüchtig ausweist. Zu diesem Zweck wollen Sie sich gefälligst einer der beschäftigten "Mitteilungen" bedienen.

Zum besseren Verständnis und zur Klärung der Ausführungen des Zirkulars mag die nachstehende Zuschrift an die Arbeitsnachweisse dienen:

W. Dette & Co. Berlin S. O. 14. 11. 90. Lampen- u. Fabrik. Grimmsstraße 39.

An die Berliner Metall-Industrieller. Hier.

Unser beladungen wie Ihnen 3.75 M. in Marken, womit Sie Ihre Plata von 1. cr. geg. beschicken wollen.

Am auf 139r Zirkular vom 29. zurückzukommen, bemerken

wir, daß wir den Arbeitsnachweis nach Möglichkeit benötigt, aber leider sehr ungenügende Erfahrungen damit gemacht haben, was Sie schon daraus erfahren können, daß wir von den sämtlichen Arbeitern, welche wir durch die Arbeitsnachweisse bekommen haben, nur noch einen einzigen in Arbeit haben und zwar einen gemüßlichen Arbeiter, während die Fabrikarbeiter sämtlich unbrauchbar waren. Wir können nach unseren Erfahrungen den Arbeitsnachweis nur als eine durchaus verfehlte Einrichtung bezeichnen, die uns Unkünde und Kosten verursacht, aber keinen Nutzen bringt.

Wir geben wiederholt die Versicherung, daß wir alles aufbieten, diese hochwichtige Einrichtung jedem Mitgliede so bequem und so gut wie möglich zu gestalten, auf der anderen Seite aber müssen wir uns auch, namentlich für den Anfang, ein gewisses Wohlwollen, Vertrauen und thätigste Unterstützung erbitten.

(Hier folgt eine lange Darstellung über die Mängel und Schwierigkeiten, die mit dem Arbeitsnachweis verknüpft sind.)

Wir erlauben uns endlich noch mitzuteilen, daß laut Beschluß der Vertrauenskommission für die Folge von jedem, im Betrieb eines Verbandsmitgliedes etwa vorkommenden Streit sämtlichen Mitgliedern des Verbandes durch die Arbeitsnachweisse sofort Kenntnis gegeben werden wird.

Die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller. Der Vorsitzende! Friz Rühnemann.

Minister und Bourgeois.

In dem Zirkular vom 12. Juli 1890, worin die Gründung des Verbandes Berliner Metall-Industrieller angezeigt wird, ist Bezug genommen auf „glänzenden Resultate“, welche die vereinten Berliner Eisenindustrie und Maschinenfabriken bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter gelegentlich der Bewegung des 1. Mai erzielt haben, und wird von den „Ergunungen des gemeinamen Handelns“ gesprochen. Es ist gewiß von größtem Interesse, nicht bloß für die Arbeiter, sondern auch für weitere Kreise, zu erfahren, wer alles mit dem Verein der Berliner Eisenindustriellen, aus welchem der Verband Berliner Metall-Industrieller hervorgegangen ist, „gemeinam“ gehandelt hat.

Nachfolgende Schriftstücke mögen darüber Auskunft geben: Kriegsministerium.

Berlin, 3. Mai 1890. Für die gefällige Mitteilung der Beschlüsse des Vereins Berliner Eisenindustrie und Maschinenfabriken x., betreffend Maßnahmen gegen die von Arbeitern sozialdemokratischer Richtung angeführte Feier des 1. Mai durch ihr gefälliges Schreiben vom 26. v. Mts. danke ich Ihnen hiermit verbindlichst.

Zu dem Inhalt desbeselben bemerke ich folgendes: Die seitens der Militärverwaltung den Direktoren der technischen Institute der Artillerie u. s. w. aus der vorgebadhten Veranlassung gegebenen Befehle, stimmen im allgemeinen mit dem vom Verein gefassten Beschlüssen überein, nur ist eine Zeitgrenze, innerhalb welcher ein wegen Beteiligung an der Feier des 1. Mai entlassener Arbeiter bei den tgl. Instituten wieder eingestellt werden darf, nicht festgelegt worden.

Der sofortige Anhang der bezüglichen Befehle in den militärischen Fabriken und Werstätten ist bereits am 24. v. Mts. angeordnet worden.

Ihrem Besuche, die gegenseitige Mitteilungsverbindlichkeit zwischen den tgl. Instituten und den Privatfabriken auf alle tgl. Institute auszubehnen, ist bereits durch Erlass vom 17. v. Mts. entprochen. Die Direktoren sämtlicher militärischer Fabriken sind angewiesen worden, benennigten Privatfabriken, welche für sie mit der Herstellung von Fabrikaten x. beauftragt sind, nach vorhergehender Vereinbarung eine Liste derjenigen Arbeiter aller Institute zu überreichen, welche aus Anlaß der Feier des 1. Mai entlassen worden sind, und umgekehrt die ihnen seitens der Privatfabriken zugehenden gleichartigen Verzeichnisse sämtlichen Instituten zur Kenntnis mitzuteilen, damit die entlassenen Arbeiter in keiner der militärischen Fabriken wieder eingestellt werden.

Die Direktoren der Fabriken sind seit jeher angewiesen, alle sozialdemokratischen Elemente von ihren Arbeitern fernzuhalten und unterfährlich demgemäß jede Bestredung, welche diese Absicht zu fördern geeignet ist.

Der Verein kann daher einer Unterstützung seiner beabfichtigten weiteren Maßnahmen, um in Zukunft sozialdemokratische Arbeiter von der vaterländischen Arbeit auszuschließen, durch mich gewiß sein.

Die mir in Aussicht gestellte fernere Mitteilung aller Beschlüsse und Maßnahmen des Vereins in dieser Richtung werde ich gern entgegennehmen und in jedem einzelnen Falle erwägen, in wie weit dieselben auf die eigenartigen Verhältnisse der Militär-Fabriken anwendbar sind und demgemäß ein Hand in Hand gehen der mit unterfährlichen Fabriken mit den Privatfabriken, soweit dies angeht, ist unerlässlich.

Der Kriegsminister. ges. v. Verdu.

An die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Z. Schwarzlopp

Wie beim Kriegsministerium fand der Verein der Eisenindustrie und Maschinenfabriken auch im Eisenbahnmuseum ein begeistertes Echo, wie folgende Zuschrift beweist:

Berlin, den 30. April 1890. Im Auftrage Sr. Excellenz des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten beehren wir uns, Ihnen auf die an denselben gerichtete Eingabe vom 26. cr. ergebnis mitzuteilen, daß wir den Mitgliedern des Vereins Berliner Eisenindustriellen und Maschinenfabriken und verbander Betriebe, wie solche in dem bezeichneten Eingabe beigefügt*) Plakate aufgeführt sind,

*) Bezieht sich wahrscheinlich auf das rote Plakat betreffend die 1. Maifeier.

die Namen der am 1. Mai vorfristwidrig feiernden, deshalb entlassenen hiesigen Arbeiter der Staats-Eisenbahn-Berwaltung, sowohl der uns, als auch der den übrigen Königlichen Eisenbahn-Direktionen der hier einmündenden Bahnen unterfährten, alsbald bekannt geben werden.

Seitens der Staats-Eisenbahn-Berwaltung werden entsprechend dem dortigen vereinbarten Verfahren die wegen vorfristwidrigkeit Feier des 1. Mai von den Mitgliedern des Vereins entlassenen Arbeiter vor dem 9. Mai nicht zur Arbeit angenommen.

Damit die Listen dieser Arbeiter von den Vereinsmitgliedern unmittelbar den in Betracht kommenden Dienststellen-Vorständen der Staats-Eisenbahn-Berwaltung mitgeteilt werden können, fügen wir eine Nachweisung derselben in 46 Exemplaren zur Verteilung an die Vereinsmitglieder ergeben sei.

ges. Störte. (Fortsetzung folgt.)

Reichstag.

99. Sitzung vom 15. April. 11 Uhr.

Die Beratung der Gewerbenovelle wird fortgesetzt mit dem § 134, welchem zufolge der Erlass der Arbeitsordnung für eine Fabrik, deren großjährige Arbeiter zu hüten sind und sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern Gelegenheit haben sollen. Was 2 bestimmt, dieser Vorfrist werde in Fabriken mit häufigem Arbeiterausfluß durch Anhörung des letzteren gemäß.

Abg. Dreßbach (soz.) befürwortet einen Antrag Ruer auf Streichung dieses Absatzes 2. Die Arbeiterausflüsse seien, weil nicht von den Arbeitern gewöhnt, ja doch den Einflüsse des Arbeitgebers mehr unterworfen, als dem der Arbeiter. Und was solle es überhaupt bedeuten, daß die Arbeiter oder die Ausflüsse „sich äußern“ dürften, wenn weder dieser noch ein anderer Paragraph darüber bestimme, ob und wie sich der Unternehmer nach diesen „Meinungen“ zu richten habe. So lange eine Bestimmung hierüber fehle, könne ja doch der Fabrik machen, was er wolle. Das Recht, welches man hier den Arbeitern gewähre, sei also nur ein Scheinrecht, mit welchem man die Arbeiter lediglich über den tatsächlichen Zustand hinwegzuleite. Wollte man den Arbeitern ein wirkliches Recht gewähren, so solle man zum wenigsten den sozialdemokratischen Antrag zu dem nachfolgenden § 134a annehmen, also anordnen, daß die Arbeitsordnung dem Fabrikinspektor unter Mitteilung der Bedenken der Arbeiter zur Genehmigung vorzulegen ist.

Abg. Dödelhauer (nat.-lib.) befreitet, daß es sich hier um ein Scheinrecht handle. Nur dann würde die bloße Anhörung der Arbeiter nicht genügen, wenn die Arbeitgeber wirklich das wären, als was Vorrrede sie schildere: Falsch und Willkür. Tatsächlich jedoch aber die große Mehrzahl derselben humanitären Bestredungen. Weiterhin tritt Redner nach für die von den Sozialdemokraten angefochtenen Arbeiterausflüsse in der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Gestalt ein.

Abg. Hirtz (freis.) hebt gegenüber der von dem Vorrrede klar betonte Bedeutung der Arbeiterausflüsse als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie die nicht minder große Bedeutung der Gewerbetreue hervor.

Abg. Müller (nat.-lib.) ist weder ein unbefindiger Freund der Arbeiterausflüsse, noch auch für obligatorische Anhörung der Arbeiter über die Arbeitsordnung, will aber gleichwohl seinen Antrag auf Streichung des Paragraphen stellen.

Abg. Dreßbach verweist, wie die unbedingte Notwendigkeit der Anhörung der Arbeiter darzulegen, nochmals auf die gefälligen Mitteilungen über die Stimmliche Fabrikordnung. Was es mit Dödelhauer's „humanitären Bestredungen der Arbeitgeber“ auf sich habe, zeigen doch Unternehmer vom Schlage des Vorrbedes, die den Arbeitern nicht das Recht geben wollten, angehört zu werden.

Nach kurzer Erwiderung des Abg. Dödelhauer wird der Paragraph unbedändert in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 134a schreibt vor, die Arbeitsordnung müsse mit der Bestredung, daß die Arbeiter geübt seien, der unteren Verwaltungsbehörde eingereicht werden.

Ein Antrag Wölmer (freis.) will die Einreichung „mit der Erklärung, daß und in welcher Weise der Vorfrist des § 134a genügt sei.“

Ein Antrag Schaebler (Zentr.) will die Einreichung unter Mitteilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken.

Ein Antrag Ruer und Genossen (soz.) will daselbst, ferner die Einreichung an den Fabrikinspektor und zwar „zur Genehmigung“. Auch soll gegen die Einreichung des Fabrikinspektors Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde zulässig sein.

Abg. Schaebler meint, sein Antrag trage allen berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung. Der Fabrikinspektor habe ja doch nicht Zeit, sofort in eine Prüfung der Arbeitsordnung einzutreten.

Abg. Wölmer empfiehlt seinen Antrag damit, es sei unannehmbar, daß die untere Verwaltungsbehörde wenigstens ein Bild davon bekomme, wie die Arbeiter geübt seien, wegen der Antrag Schaebler die Beschränkung mit der Einreichung — welche ihr nicht zukomme — über Zweckmäßigkeitsfragen besetze.

Abg. Hartmann (son.) hält ebenfalls den Antrag Wölmer für den zweckmäßigsten.

Abg. Dreßbach (soz.) erklärt das, was der Antrag Wölmer fordere, für etwas bloß Formales, wodurch sachlich gar nichts gebessert werde. Der Antrag Schaebler nähere sich den Wünschen der Arbeiter schon viel mehr; aber auch die bloße Mitteilung der Bedenken der Arbeiter gegen eine Arbeitsordnung müßte nicht viel. Sollte die Mitteilung überhaupt einen Zweck haben, so müsse man sie an den Fabrikinspektor ergehen lassen und diesem die Entscheidung übertragen.

Abg. Rat Wilhelm! hebt gegen den Antrag Ruer hervor, gerade wer es mit der Stellung und den Aufgaben der Fabrikinspektoren gut meine, müsse ihnen Anträge ablesen. Diese Beamten müßten das Vertrauen der Arbeiter haben und dieses könne unter Umständen darunter leiden, daß man ihnen die Entscheidung über die Arbeitsordnung und die von den Arbeitern gegen dieselben geäußerten Bedenken übertrage. Auch der Antrag Schaebler empfehle sich nicht, denn dessen praktische Durchführung würde Schwierigkeiten begegnen. Gegen den Antrag Wölmer habe er keine Bedenken.

Abg. Wötcher (natlib.) spricht sich ebenfalls nur für den

Kontrag Wöllmer und gegen die weitergehenden Konträge Schaebler und Auer aus.

Abg. Schaebler erblickt gleich Dreesbach in dem Kontrage Wöllmer nur eine ganz formale Vorschrift. Hauptfrage sei doch, daß die Behörden die Begehren der Arbeiter genau kennen lernen.

Nachdem Abg. Dreesbach nochmals seinen Antrag empfohlen, folgen die Abstimmungen. Der Antrag Auer wird gegen die Sozialdemokraten abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag Schaebler bleibt zweifelhaft. Dasth stimmen: Zentrum und Sozialdemokraten geschlossen, ferner der größere Teil der Freikämmler. Die Abstimmung ergibt 110 Stimmen für, 76 gegen den Antrag. Das Haus ist also beschlußunfähig. Schluß 2 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung 2 1/2 Uhr: Fortsetzung.

Zu Ehren der 100. Sitzung prangt auf dem Tische des Präsidiums ein Blumenkranz, für welche derselbe unter Beileid der Besuche seinen Dank äußert. Die Beratung der Gewerbenovelle wird fortgesetzt. Der Antrag Schaebler wird angenommen, ebenso der Antrag Wöllmer und Johann der so abgeänderte § 134; ferner debattiertes § 134.

§ 134 handelt von den Arbeitsordnungen, welche bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen sind. Auf diese sollen — im Gegenlage zu den übrigen Bestimmungen über die Arbeitsordnung — die Vorschriften betreffend Anhörung der Arbeiter (§ 134 a) nur im Falle etwa vorgenommener Änderungen, und die Vorschriften betreffend Einreichung an die untere Verwaltungsbehörde (§ 134 b) überhaupt nicht, also auch nicht bei Beseitigung von Änderungen, Anwendung finden.

Ein Antrag Auer, daß diese bereits bestehenden Arbeitsordnungen ausnahmslos auch dem § 134 a unterliegen sollen, wird abgelehnt, dagegen ein Kompromißantrag Gutfleisch und Wenigens angenommen, daß dieselben, falls die Beseitigung von Änderungen erfolgt, auch dem § 134 a unterliegen.

§ 134 b gibt an, was unter ständigen Arbeiterauschüssen im Sinne dieses Gesetzes zu verstehen ist: 1. Vorstände von Betriebs-Krankenkassen, 2. Knappschafts-Kassen, 3. die bereits vor Erlass dieses Gesetzes errichteten Arbeiterauschüsse, 4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Eigenschaft von den volljährigen Arbeitern der Fabrik aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Ein Antrag Auer will den ganzen Paragraph freizeichnen. Ein Antrag Schmidt (frei!) will in Nr. 3 folgen: die bereits vor dem 1. Januar 1891 errichteten etc.

Ein Antrag Gutfleisch (frei!) will die Vorstände der Krankenkassen (Nr. 1) nur dann als Arbeiterauschüsse im Sinne dieses Gesetzes gelten lassen, wenn sie durch gemäß den Bestimmungen in Ziffer 4 genannte Vertreter der den genannten Kassenanstaltungen nicht angehörenden Arbeiter ergänzt werden.

Abg. Schmidt (frei!) tritt lebhaft für die ständigen Arbeiterauschüsse in den Fabriken ein, welche aus dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur günstig einwirken könnten. Etwas ganz anderes, als diese Arbeiterauschüsse seien die sozialdemokratischen Arbeiterkammern, durch welche die Sozialdemokraten die Lage der Arbeiter von oben herab verbessern wollten. Letzteres gefesse aber am besten von unten heraus. Die Arbeiterkammern würden ein wunderliches Gemisch sein von Bürokratie und Demokratie.

Abg. Bebel erblickt darin, daß man die Arbeiterauschüsse

nicht obligatorisch mache, den Beweis, daß niemand sich mehr als platonisch für dieselben erwidere. Die Arbeiterauschüsse sollten nur den Fabrikbesitzern zum Besten sein. Die Arbeitgeber hätten es in der Hand, die Arbeiterauschüsse sich nach ihrem, der Arbeitgeber, Belieben zusammenzusetzen zu lassen. Die Arbeiterkammern dagegen händen weit freier und unabhängiger da.

Abg. Hirsch (frei!) befreit, daß die Zusammenfassung der Arbeiterauschüsse von den Unternehmern abhängen. Dann es sollten ja nur solche Vertretungen als Ausschüsse im Sinne dieses Gesetzes gelten, welche „von der Mehrheit der Arbeiter aus ihrer Mitte gewählt sein“. Uebertriebene Erwartungen müßte er selbst nicht an diese Ausschüsse, aber jedenfalls seien sie ein Schritt zum Besseren.

Abg. Vat (frei!) hat gegen den Antrag Schmidt nichts einzuwenden; desto mehr gegen den Antrag Gutfleisch, der kaum ausführbar sei. In welchem Prozenzente sollten denn A. B. die nicht in den Krankenkassen vertretenen Arbeiter in den Arbeiterauschüssen beteiligt sein? Auch glaube er nicht, daß durch diesen Antrag den freien Hilfsstellen ein Dienst erwiesen werde.

Abg. Böttcher (natlib.) verteidigt die Arbeiterauschüsse gegen die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner. Gerade diese Ausschüsse würden zur Verbesserung der Arbeiter und Arbeitgeber, und damit auch zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beitragen. Weiter wendet sich Böttcher gegen den Antrag Gutfleisch, während er gegen den Antrag Schmidt nichts einwendet.

Abg. Bebel bleibt dabei, daß trotz der Ansicht des Abg. Hirsch eine Zusammenfassung der Arbeiterauschüsse so, wie man sie wünschen müsse, nicht garantiert sei. Dem Vordrucker erwidere er, seine Partei bilde sich nicht ein, alle Arbeiter hinter sich zu haben, aber auf jeden Fall vertrete sie die Interessen aller Arbeiter, die Interessen der Arbeit gegen das Kapital. Der Kampf zwischen diesen beiden werde nicht aufhören, vielmehr in den nächsten Jahren noch ganz anders entbrennen.

Ein Bericht des Abg. Böttcher, auf die sozialdemokratische Bewegung näher eingegangen, wird von dem Präsidenten v. Ballström abgelehnt.

Abg. Hirsch stimmt den nationalliberalen Rednern darin bei, daß die Arbeiterauschüsse ein geistliches Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zur Folge haben und somit mittelbar der Sozialdemokratie entgegenwirken würden. Das verstehe sich freilich von selbst, daß die Arbeiterauschüsse nicht etwa direkt, durch Parteinahme nach irgend einer Seite hin, sich in den Kampf mischen dürften. Gänzlich unbegründet sei jedenfalls die Behauptung Bebel's, daß die Mehrheit aller Arbeiter Sozialdemokraten seien.

Nunmehr wird der Antrag Schmidt (und außerdem noch eine etwas andere redaktionelle Fassung des Paragraphen) angenommen und Johann der so geänderte Paragraph.

Morgen 11 Uhr Fortsetzung.

General der Artillerie z. D., ebenfalls Generaladjutant, in Dresden wohngast. Da Prinz Karl schon in jüngeren Jahren stark Schulden gemacht hatte, wurde er im Vergleichwege von der Fideikommissfolge ausgeschlossen und erhielt von dem zweiten Bruder, Friedrich Wilhelm, eine Abfindung dafür, daß er an diesen das Fideikommiss abtrat. Am 1. Mai 1890 starb der Prinz Karl in Berlin, 70 Jahre alt, und mußte über den Nachlaß der Konkurs eröffnet werden, obwohl die Vermögens-Insuftizienz nur gering war. Von der letzten Appanage-Bahlung brachte nun der Generaladjutant des Kaisers und Fideikommissbesitzer Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe auf Koschentin jzta 1760 Mark Kosten für die Bestattung seines Bruders, Ueberführung der Leiche von Berlin, Behandlung des Arztes und diverse Krimgelder in Abzug, resp. liquidierte diese Ausgaben zu den Konkursaktanten! Nun braucht man ja nicht zu beanpruchen, daß die Brüder die Schulden des Prinzen zu bezahlen hatten, obwohl bei dem nicht hohen Betrage in Familien „nieberen“ Standes dies wahrheitsgemäß gezehe wäre, jedenfalls aber wird es als Seltenheit bezeichnet werden dürfen, daß Gläubiger die Ehre haben, eine fürsichtige Leiche auf ihre Kosten zu bestatten, und fürsichtige Brüder, ein kaiserlicher Generaladjutant und ein General z. D., nicht die Pietätspflicht empfinden, ihren verarmten resp. verschuldeten Bruder, der sich bis zu seinem Lebensende hohen Verschulden unter seinen Standesgenossen errent hat, und Mitglied des Provinzial-Ausschuß für Schlesien war, auf Kosten der Familie ein anständiges Begräbniß zu gewähren.

Ein, gegen den Freiherrn von Mantuffel, Sohn des ehemaligen Feldmarschalls und Statthalters, eröffnetes Konkursverfahren mußte wieder aufgehoben werden, weil die Konkursmasse nicht einmal die richterkosten decken würde.

Lustige G&E.

Ein Bierhausphilosoph. Waiselknecht: „Dds is mal a hait're W'chicht im Leben, is ma freubi, nocher laufe m'r, un is ma trauri, nachher laufe m'r!“

Inferate

für das „Volkblatt“ für Halle und den Saalkreis werden angenommen bei

Albert Sanow, Zigarrenhandlung, Gr. Schlamm (Forrele).

Friedr. Köhler, Zigarrenhandlung, Steinweg und Lindenstr.-Ecke.

P. Hofmann, Zigarrenhandlung, Moritzwinger 1.

Geibel, Zigarrenhandlung, Alte Promenade 28.

Otto Wittig, Materialwarenhandlung, Wiebichenstein, Hofstr. und Abvolatenstr.-Ecke.

Bermischtes.

* Ein Beitrag zur Notlage der Großgrundbesitzer und anderer unverschuldet in Not geratener Leute. Der Prinz Karl zu Hohenlohe hat zwei jüngere Brüder: den Prinzen Friedrich Wilhelm, Fideikommissbesitzer der Herrschaft Koschentin und Generaladjutant des Kaisers von Deutschland, und den Prinzen Karl,

Für Raucher
empfehle ich nachstehende Zigarren-Sorten als Spezialität:
Nr. 36. El Remio
Nr. 10. Cuba
Nr. 12. Apiciana
Nr. 13. Lidia
Nr. 9. Caballera
Richard Bendix, Halle a. S., Steinstraße 66.

Aufruf
an alle zielbewußten Arbeiter Deutschlands!
Solidarität!
Wer ohne finanzielle Opfer helfen will, daß den Arbeitern der Hutbrand-gedreht sein werde, wer helfen will, daß ohne Streik in Untergewerbe der achtstündige Arbeitstag eingeführt werde und dadurch Platz geschaffen wird für Tausende von Arbeitern, welche jetzt elend auf der Landstraße verkommen, der kaufe in Zukunft nur Güte, in denen eine Kontroll-Marke eingefleht ist.
Das Einleben der Marke beim Kaufen ist Betrug; die Marke muß schon vorher im Gute leben.
Wir bitten, genau auf den Text der Marke zu achten!
Berlin 1890.
Für die Arbeiter der Hut-Industrie: Die Kontroll-Kommission.

Restaurations-Gröffnung.
Einem geehrten Publikum sowie meinen Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Grundstück Schillerstrasse 22c ein Restaurant
Schillerstr. 22c. „Zum Nordstern“ Schillerstr. 22c.
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, die mich Besuchenden nur mit guten Speisen und Getränken zu bedienen.
Sommerabend: großes Schlachtfest.
Hochachtungsvoll
Otto Gassert.
Dafelst mehrere Wohnungen zu 60 Thlr. zu vermieten.

Die Schuhwaren-Handlung
von
Fr. Oehlschlager, Schmeerstraße 25
empfeilt ihr großes Lager in reichster Auswahl bei billigster Preisstellung und wie bekannt strengster Reellität.
Garantie für beste Qualität und gute Passform.
Schuhmachermeister,
Fr. Oehlschlager, 25 Schmeerstraße 25.

Erste Feinsquelle in Halle für
Kinderwagen.
Beste Arbeit garantiert.
Alle Arten von
Korbwaren
zu bekannt billigsten Preisen.
Albert Schmidt,
Korbmachermstr.,
vor dem Steinthor 3.

Ich eröffne am 1. April eine
Brot-, Weiß- und Kuchen-
Bäckerei
und werde bemüht sein, die mich besuchenden Herrschaften stets mit guter, schmackhafter Ware zuzufrieden zu stellen. Um geneigtes Wohlwollen bitten, geheimer
Hochachtungsvoll
Wilmann Schmidt,
Bäckermeister, Schillerstraße 12.
Hausbäcker, sowie Bestellungen werden prompt ausgeführt.
Albert Tanneberg,
Halle a. S.,
gr. Ulrichstraße 20, Eingang Bölsbergasse
gegenüber der Expedition des „Volkblattes“
empfeilt sich zum
Inserieren eleganter Herren-Kardens,
Solide Preise.
Reelle Bedienung.